

Der ehemalige „Zeit“-Herausgeber Josef Joffe spricht über Fake News, bedrohte Journalisten und einen Engelskreis.

MARCO RIEBLER

SN: Herr Joffe, ringt der Qualitätsjournalismus um das Überleben?

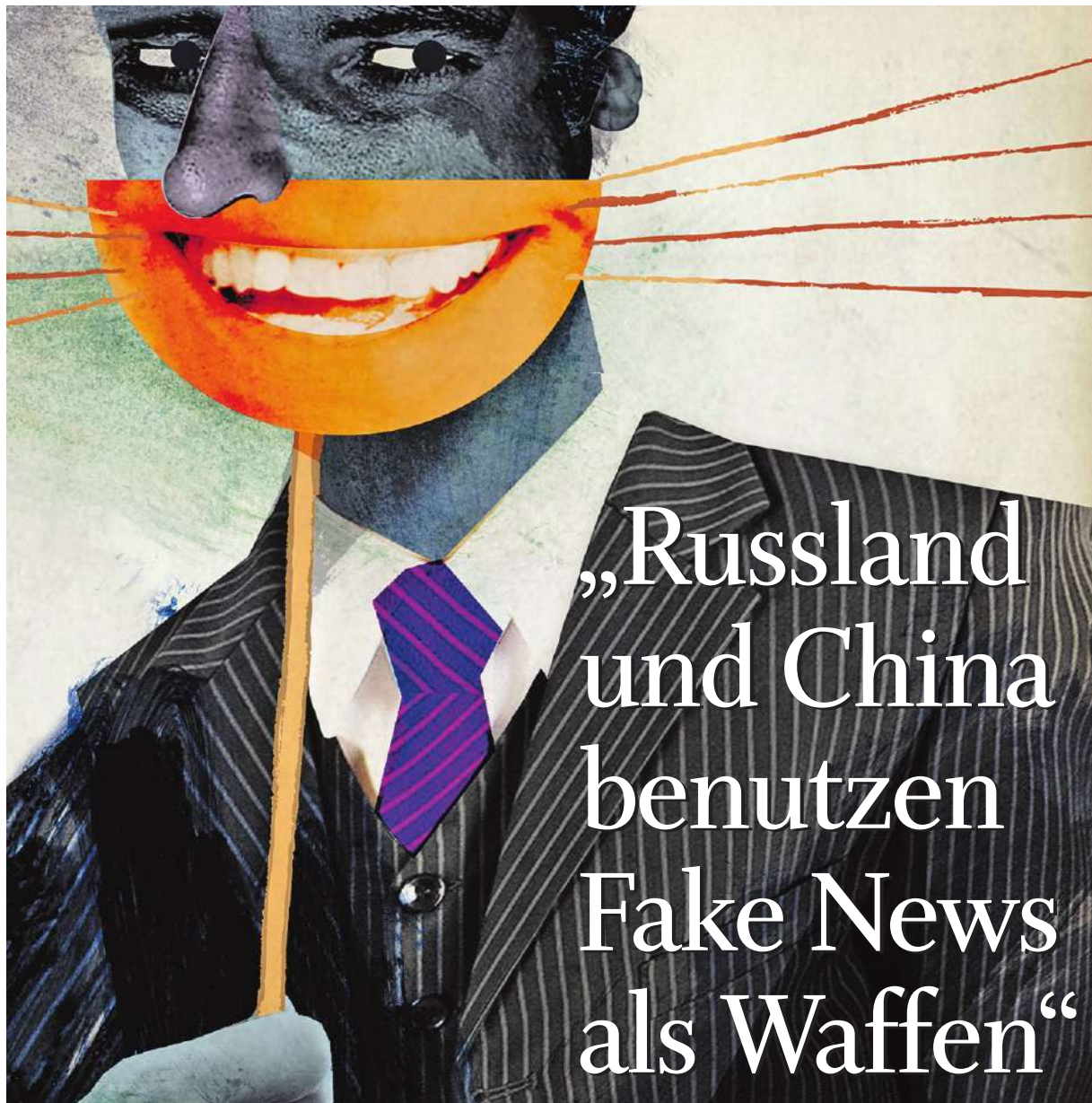
Josef Joffe: Der kuratierte Journalismus leidet weltweit. Dieser hat über Jahrhunderte gehalten und wusste das Blöde vom Intelligenzen, Fakt von Fake und die Wahrheit von der Propaganda zu trennen. Heute kann jeder mit geringen finanziellen Investitionen zum Verleger werden. Selbst wir „Preßengel“, wie uns Otto von Bismarck nannte, wissen oft nicht, was Fake und was Fakt ist.

SN: Österreich hat sich im Pressefreiheitsranking von Reporter ohne Grenzen neuerlich verschlechtert. Auch Deutschland liegt nicht im absoluten Spitzenfeld. Schafft die Politik den kritischen Journalismus ab?

Abschaffen ist ein hartes Wort. Die Liste führen wie immer die skandinavischen Länder an. Wir hier in Deutschland (Platz zehn, Anm.) sind nicht so toll. Aber: In der alten Rivalität zwischen den Deutschen und den Österreichern (Platz 32, Anm.) sind wir vorn und auch zum Glück weit vor Italien. Ich habe keine Angst vor Kontrolle und Einschüchterung in Deutschland. Das Problem, das ich als Journalist habe, ist, dass ich bei Falschmeldungen über Personen zivilrechtliche Konsequenzen fürchten muss. In diesem Zusammenhang ist der Journalist in Amerika noch besser geschützt, da ein vorsätzliches sowie böswilliges Verhalten nachgewiesen werden muss. In Deutschland hat man es gegenüber mächtigen Personen daher schwerer, es hagelt gleich einstweilige Verfügungen.

SN: Wo ist die Pressefreiheit besonders in Gefahr?

Zuerst die gute Nachricht: Im Westen rangiert die Pressefreiheit zwischen gut und zufriedenstellend, laut der Reporter-ohne-Grenzen-Studie. Die schlechte Nachricht kommt von den üblichen Verdächtigen: Russland, China, Nahost, Afrika, Lateinamerika, interessanterweise auch aus der größten Demokratie, nämlich Indien. Der schlimmste Fall ist aber Russland.



Putin hat die Pressefreiheit abgeschafft. Hingegen muss ich fast eine Lanze für die alte Sowjetunion brechen. Diese war im Vergleich zu heute geradezu ein Presse-Paradies. Ausländische Korrespondenten wurden nicht ermordet oder in den Gulag gesteckt, sondern ausgewiesen.

SN: Sehen Sie eine Chance, dass sich das in Russland jemals ändert?

Nicht unter dem Putin-Regime. Ob es eine Tradition der Freiheit in Russland jemals geben wird, dazu bin ich nicht Hellseher genug. Ich wünsche es mir.

SN: Wir sind mitten in einem Superwahljahr, mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung wird 2024 zur Wahlurne schreiten. Werden Fake News zum Wahlgewinner?

Das ist die große Frage. Russland und China benutzen Fake News systematisch als Waffen. Diese sind oft schwer zu erkennen, da Bots und nicht staatliche Kräfte bemüht werden. Ob je eine Wahl dadurch ge-

kippt wurde, kann ich nicht beweisen. Ein interessantes Beispiel ist der von Katar finanzierte Fernsehsender Al Jazeera. Dieser vermischt Propaganda und abgesicherte News geschickt und macht sich dadurch einen schlanken Fuß. Das kann man von Russia Today nicht sagen.

SN: Spielen gedruckte Zeitungen im US-Wahlkampf überhaupt noch eine Rolle?

Die großen Qualitätszeitungen in den USA haben rund 20 Millionen Leser und daher weiterhin Einfluss. Aber die einst großen Lokalblätter haben längst nicht mehr ihre alte Stärke. Junge Leser und Normalverbraucher lesen keine Zeitung mehr und tummeln sich in den sozialen, genauer: asozialen Medien von New York bis San Francisco. Sie begeben sich in deren Echokammern. Meinungen werden dort eher bestätigt – das ist das Problem.

SN: Gibt es eine Verpflichtung der Gesellschaft, gegen Fake News anzutreten?

Im Zweifel immer für die Pressefreiheit – diese ist das höchste Gut in

einer liberalen Demokratie. Ohne Pressefreiheit gibt es grundsätzlich keine Freiheit. Deshalb versucht jeder autoritäre Staat, die Medien in den Griff zu bekommen. Zensur ist immer ein Machtinstrument. Wenn ich kurz mal Diktator sein könnte, würde ich das Fach Fake und Fakt in den Schulen einführen und anhand aktueller Beispiele lehren, wie Manipulation funktioniert.

SN: Der Trend ist längst nach Europa übergeschwappt: Sterben die Zeitungen zunehmend aus?

Die Zeitungen sterben nicht. Es hat sich nur die Plattform geändert. Die Produktion für Tablet und Handy ist viel billiger als Zeitungsdruck und Zustellung. Darüber hinaus ist das Digitale viel schneller und daher aktueller.

SN: Parteien versuchen mit eigenen Kanälen Journalisten zu umschiffen. Mit Erfolg?

Wer die Deutungshoheit bekommen will, wird Medien für seine Zwecke einspannen. So läuft es auch in einer Demokratie und das

ist kein neues Phänomen. Wir müssen uns ehrlich die Frage stellen, ob Medienhäuser überhaupt jemals neutral waren. Wir haben alle unsere Haltungen und Ideen, was rechts und richtig ist. Selbst in den besten Blättern werden Meinung und Bericht vermischt. Der ungeschulte Leser kann aber nicht differenzieren. Ich komme wieder auf meine Forderung zurück: Der Umgang mit Medien, gedruckt oder digital, sollte in der Schule vermittelt werden.

SN: Sie waren bis Mai 2023 Mitherausgeber der deutschen Wochenzeitung „Die Zeit“. Seit Jahren ist diese auf Erloskurs, das war aber nicht immer so. Worin ist der Erfolg nun begründet?

Zu meiner Zeit als Chefredakteur konnten wir die sinkende Auflage auf 500.000 steigern. 20 Jahre später hat die „Zeit“ 600.000. Das ist langsam, aber stetig und beeindruckend, im Vergleich zum „Spiegel“, der „Süddeutschen Zeitung“, der FAZ und dem „Stern“. Der Erfolg ist ein Engelskreis: Eine wachsende Auflage bringt Geld – und mit dem kann man die Auflage steigern, wenn man hervorragende Leute anstellt. Diese bringen neue Leser und erhöhen wiederum den Ertrag.

SN: Woher kommen die neuen Leser der „Zeit“?

Eine gute Frage, weil „Spiegel“ und „Stern“ eine ähnliche linksliberale Klientel haben. Mir fallen zwei Gründe ein. Erstens: In der Erscheinung ist die „Zeit“ attraktiver geworden. Sie ist luftiger, nicht so textschwer wie das Blatt, das wir einst die alte Tante „Zeit“ nannten. Die Bilder und Überschriften sind größer geworden, die Schreibe ist zugänglicher als in den ersten Jahrzehnten. Zweitens ist die „Zeit“ weiblicher, das Themenspektrum breiter und bunter geworden – und nicht mehr so heavy wie einst. Nur: Das trifft auch auf den „Spiegel“ und die SZ zu, und dennoch sind die nicht so erfolgreich. Allerdings reduziert die SZ unter Sparzwang das Personal. Achtung: ein Teufelskreis.

Zur Person: Josef Joffe (80) war bis zum Vorjahr Mitherausgeber der deutschen Wochenzeitung „Die Zeit“ und stand dieser als Chefredakteur von 2000

bis 2004 vor. Der Publizist gastiert beim diesjährigen Salzburger Wirtschaftsforum am 27. Mai. Infos unter: WWW.SALZBURGER-WIRTSCHAFTSFORUM.AT

EU-Kommission leitet Verfahren gegen Meta ein

MENLO PARK. Die Europäische Kommission eröffnet wegen des Verdachts auf Verstöße gegen den Jugendschutz ein Verfahren gegen den Facebook- und Instagram-Mutterkonzern Meta. Es gebe die Befürchtung, dass die Gestaltung der Dienste einschließlich ihrer Algorithmen bei Kindern ein Suchtverhalten auslösen könnten, teilte die Brüsseler Behörde am Donnerstag mit. Befürchtet werden demnach insbesondere sogenannte Rabbit-Hole-Effekte (Kaninchenbau-Effekte). Damit ist gemeint, dass man sich so tief in einem Thema verliert, dass man nicht mehr herausfindet. SN, APA

Servicepauschale: Was Konsumenten tun sollten

Der Rechtsstreit zur Servicepauschale könnte für hiesige Mobilfunkanbieter teuer werden.

PHILIP STEINER

SALZBURG, WIEN. Nach zwei nicht rechtskräftigen Urteilen des Bezirksgerichts für Handelssachen in Wien könnte es für österreichische Telekomanbieter kostspielig werden. Denn diesen Urteilen zufolge sind Servicepauschalen bei Internet- und Handyverträgen unzulässig. Sollte sich auch eine Verbandsklage der Bundesarbeiterkammer als erfolgreich erweisen, könnten Millionen Kunden ihr Geld zurück erhalten.

Wie Petra Leupold, Leiterin der Abteilung Klagen im Verein für Konsumenteninformation (VKI), betont, seien die aktuellen Urteile

„Urteile haben Signalwirkung für Branche.“

Petra Leupold,
VKI

aber nicht rechtskräftig und es bleibe abzuwarten, ob Magenta (T-Mobile) gegen diese Rechtsmittel einlegen werde. Nach Angaben Leupolds liegen neben den vom VKI aktuell erzielten Urteilen vier weitere Urteile ihres Vertrauensanwalts Matthias Strohmayer vor. Sie sollen unisono bestätigen, dass die Servicepauschalen bei Internet- und Handyverträgen unzulässig seien

und die Rückzahlungsansprüche erst binnen 30 Jahren verjährten. Eines dieser Urteile sei auch schon rechtskräftig.

Laut Leupold können betroffene Personen entweder abwarten oder selbst aktiv werden: „Konsumentinnen und Konsumenten können zuwarten und werden im besten Fall dann automatisch entschädigt, falls die Verfahren der Bundesarbeiterkammer erfolgreich sind. Falls sie nicht zuwarten möchten, können sie ihre Ansprüche bereits jetzt gegenüber den Anbietern geltend machen.“ Beispielsweise findet sich auf der Website von Matthias Strohmayer ein geprüftes Muster-E-Mail zur Rückzahlungsaufforderung.

Generell geht Petra Leupold von einer Signalwirkung für die gesamte Branche aus, sollten die Urteile rechtskräftig und vom Obersten Gerichtshof bestätigt werden. Seit 2011 verrechnen österreichische Mobilfunkanbieter eine jährliche Servicepauschale von rund 30 Euro. Sollten sich diese Pauschalen als unzulässig herausstellen, könnten Millionen von Kundinnen und Kunden die 13 Jahre lang bezahlten Servicepauschalen zurückfordern.

2023 waren allein bei Magenta 4,6 Millionen SIM-Karten gemeldet. A1 und Drei bewegen sich in einer ähnlichen Größenordnung. Die Höhe der Rückzahlungen könnte also in die Milliarden gehen.